



Protokoll Nr. 11

Sitzung von Donnerstag, 5. März 1998, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin: Lilo Lauterburg

Anwesend:

Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Markus Blatter
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Martin Frick
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess

Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Stephan Hügli
Alfred Jordi
Michael Jordi
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Bernhard Pulver
Ruth Rauch
Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen

Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rügsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Ernst Stauffer
Ueli Stüchelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Konrad Bossart
Urs Jaberg

Heinz Junker
Edith Madl Kubik
Kurt Mäusli

Heinz Megert
Christoph Stalder

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Claudia Omar

Traktandenliste

1. Wahlen in Schulkommissionen	20
(Omar)	
2. "Neuer Standort GWB", Kauf eines Grundstücks und Projektierungskredit.....	302
(Schweizer/Neukomm)	
3. Motion Christoph Müller (FDP): Quartierfreundlicher Verkehr in der	278
Hinteren Schosshalde (Guggisberg)	
4. Motion Thomas Fuchs (JSVP) / Hans Ulrich Gränicher (SVP):	280
Bern-Ost zum Leben und Wohnen: Verkehrsmassnahmen zwischen Burgernzielkreisel und Freudenbergerplatz (Wasserfallen)	
5. Interpellation René Zimmermann (SP): Zuviel Verkehr über das	279
Nadelöhr Buchserstrasse (Wasserfallen)	
6. Junkerngasse und Kreuzgasse, Gesamterneuerung; Ausführungskredit.....	328
(Siegenthaler/Guggisberg)	
7. Nahwärmeversorgung mit Blockheizkraftwerk Wyler (NWV mit BHKW Wyler);	26
Kredit (Stucki/Neukomm)	
8. Erneuerung des Unterwerks Holligen und Bau einer 132 kV-Kabelleitung	313
zwischen den Unterwerken Holligen und Monbijou; Projektierungskredit (Rudin-Vonwil/Neukomm)	
9. Umbau der Kinderkrippe Lorraine (Lorrainestrasse 80); Baukredit.....	303
(von Ballmoos/Guggisberg)	
10. Sanierung der Schüttestrasse beim Betriebsgebäude des Stadttheaters; Baukredit.....	9
(Blaser/Guggisberg)	
11. Polizeikaserne Waisenhausplatz 32: Sanierung des Schiesskellers;	294
Baukredit (Weyermann/Guggisberg)	
12. Schosshaldenfriedhof: Sanierung der Aufbahrungsräume; Baukredit	7
(Mäusli/Guggisberg)	
13. Interfraktionelles Postulat FDP, SVP, CVPplus (Franziska Stalder-Landolf; FDP):	--
Gesunde Stadtfinanzen: Privatisierung von Teilen der Stadtgärtnerei; Prüfungsbericht (Guggisberg)	
14. Kleine Anfrage Ernst Stauffer (SD): Privatisierung z.B. der Stadtgärtnerei,	15
aber auch anderer Dienstzweige der Stadt Bern (Guggisberg)	
15. Dringliche Interpellation Rudolph Schweizer (SVP): Nachtfahrverbot Matte	32
(Wasserfallen)	
16. Dringliche Interpellation Peter Linder (SVP): Feuerbrand auf Kernobst und.....	31
Birnengitterrost auf Birnbäumen (Guggisberg)	
17. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Pflanzenkrankheit Feuerbrand	--
(Guggisberg)	
18. Postulat Fraktion SD (Alfred Jordi): Richtlinien und Weisungen der städtischen	288
Fürsorgedirektion zugunsten von erfolgreichen Drogenentzugstherapien ändern (Begert)	
19. Interpellation Annemarie Lehmann (FDP): Verhindern Niederschwelligkeit	331
und Freiwilligkeit eine erfolgreiche Prävention? (Omar)	
20. Postulat Heinz Rub (FDP): Parkwächter und Parkwächterinnen für Berns	24
öffentliche Parkanlagen (Guggisberg)	
21. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Bundesrat Koller beharrt nicht auf Zaun.....	325
(Guggisberg)	
22. Interpellation Bernhard Hess (SD): Mehr Polizeipräsenz im Hauptbahnhof Bern	25
(Wasserfallen)	
23. Postulat Fraktion FDP (Hans-Ulrich Suter): Massnahmen zur Hebung der	27

- Sicherheit im Berner Bahnhofareal (Wasserfallen)
24. Postulat Fraktion SD (Bernhard Hess): Vollumfängliche oder weitgehende28
Bewachung des Bundeshauses durch das Festungswachtkorps
(Wasserfallen)

Mitteilungen der Präsidentin

Die *Vorsitzende* verweist auf das heutige geschichtsträchtige Datum. Heute vor genau 200 Jahren und 3 Stunden, nachmittags um 14.00 Uhr sind die Franzosen durch die Berner Stadttore marschiert. Wie diese Tatsache aus heutiger Sicht gewertet und gewürdigt wird, sie brachte auch viel Leid und Blutvergiessen mit sich. Das Rathaus steht aber immer noch. Wir haben in diesen 200 Jahren einiges dazugelernt, und die politischen Auseinandersetzungen finden heute, trotz aller Differenzen, doch in einer wesentlich zivilisierteren und friedlicheren Gangart statt.

Auf dem Tisch am Eingang des Ratssaals liegt eine Broschüre auf, worin Taddäus Pfeiffer die Kunst im öffentlichen Raum an der Seftigenstrasse darstellt. Die Ratsmitglieder können sich bedienen.

Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr.1 vom 15. Januar 1998 wird mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

Dringlicherklärung von Interpellationen

Als dringlich eingereichte Interpellation CVP (Anton Maillard): Linienzusammenlegung SVB.

Beschluss

Die Dringlichkeit dieser Interpellation wird mit 28 : 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen bejaht.

Ordentliche Traktanden

1 Wahlen in Schulkommissionen

Antrag Nr. 20

1. Volksschulkommission Breitfeld-Wankdorf

Vom Rücktritt aus beruflichen Gründen von Sylvie Mosimann (SP), Beundenfeldstr. 32, 3013 Bern, aus der Schulkommission Breitfeld-Wankdorf, wird Kenntnis genommen.

An ihrer Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.7.2001, gewählt: Susanne Meier Walter (SP), Fürsprecherin, Haldenstr. 91, 3014 Bern.

2. Volksschulkommission Brunnmatt

Vom Rücktritt wegen Wegzugs aus Bern von Rahel Spengler (EDU), Haslerstr. 8, 3008 Bern, aus der Volksschulkommission Brunnmatt, wird Kenntnis genommen.

An ihrer Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.7.2001, gewählt: Jean-Mark Meier (EDU), Sozialpädagoge, Brunnmattstr. 50, 3007 Bern.

3. Schulkommission für die Kleinklassen und Spezialunterricht

Vom Rücktritt aus beruflichen und privaten Gründen von Marianne Reinhard (SD), c/o Fam. Gilomen, Bahnstr. 79, 3008 Bern, aus der Schulkommission für die Kleinklassen und Spezialunterricht, wird Kenntnis genommen.

An ihrer Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31.7.2001, gewählt: Peter Rüedi (SD), kaufm. Angestellter, Hochfeldstr. 49, 3012 Bern.

4. Volksschulkommission Bümpliz (Elternvertreterin)

Laut Artikel 31 Absatz 2 des *Reglements vom 4.11.1993 über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschulen* werden für die Elternmitbestimmung zwei Mitglieder des Elternrats zusätzlich in die Kommission gewählt.

Vom Rücktritt von Manuela Morillas (Elternvertreterin), Schwabstr. 72/13, 3027 Bern, aus der Volksschulkommission Bümpliz, wird Kenntnis genommen.

An ihrer Stelle schlägt der Elternrat der Volksschulkommission Bümpliz vor: Daniela Di-Paolantonio, Lorbeerstr. 6, 3018 Bern.

Die Amtsdauer der Elternvertreterinnen und Elternvertreter läuft bis am 31.7.2001. Sie erlischt jedoch automatisch auf den Zeitpunkt, auf den sie keine Kinder in der betreffenden Schule mehr haben.

Beschluss

Die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten werden ohne Gegenstimme gewählt.

2 "Neuer Standort GWB", Kauf eines Grundstücks und Projektierungskredit

Antrag Nr. 302

1. Das Projekt "Neuer Standort GWB", Kauf eines Grundstücks und Projektierungskredit wird genehmigt.
2. Für die Ausführung des Projekts bewilligt der Stadtrat einen Kredit von Fr. 4'421'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Gas), Konto 820.503.XXX.0.
3. Dieser Kredit ist zu gegebener Zeit in den Baukredit für das neue Verwaltungs- und Betriebsgebäude der GWB einzubeziehen.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum nach Art. 84 des Reglements über Politische Rechte.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Rudolph Schweizer* (SVP). Die Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung der Stadt Bern (GWB) ist heute mit ihren Betriebszweigen an verschiedenen Standorten domiziliert. Daraus ergeben sich kostspielige Doppelspurigkeiten in den Arbeitsabläufen, Erschwernisse in den internen Informationsflüssen und der Unternehmensführung und Probleme bei der Lagerhaltung. In der Konzentration der einzelnen Betriebsteile an einem Standort liegt ein erhebliches Sparpotential. Die GWB empfiehlt aus diesen Gründen einen neuen Standort GWB. Es geht in erster Linie um die Umsetzung vieler politischer Forderungen, die in den letzten Jahren im Stadtrat und in verschiedenen Kommissionen diskutiert worden sind. Mit der Verlegung der GWB an einen Ort - Fernwärmeversorgung und KVA ausgenommen - könnte die GWB die Forderungen nach Nutzung von Synergien und optimalen Betriebsabläufen umsetzen. Mit dem Reorganisationsprojekt IMPULS will sich die GWB auf künftige Anforderungen durch Marktöffnung und Liberalisierung vorbereiten und den NPM-Gedanken nicht nur diskutieren, sondern auch umsetzen. Ein gemeinsamer Standort schafft wichtige Voraussetzungen dafür. Mit einem gemeinsamen Standort fallen unnötige GWB-interne Fahrten quer durch die Stadt weg, was sich vor allem auf die Umwelt, aber auch auf das Portemonnaie positiv auswirkt. Die Bernerinnen und Berner kommen endlich in den Genuss eines freien Gaswerkareals, das für Sport, Kultur oder zur Erholung genutzt werden kann. Das freiwerdende stadteigene GWB-Gebäude an der Schwarztorstrasse 71 kann von andern städtischen Verwaltungsabteilungen bezogen werden. Damit fallen teure Fremdmieten weg. Die Stadt kann von den momentan günstigen Bodenpreisen profitieren. Ein Neubau löste zudem wichtige Aufträge für die Bauwirtschaft aus und sicherte neue Arbeitsplätze. Der Stadt Bern bietet sich die Chance, sich an verkehrstechnisch günstiger Lage Landreserven zu sichern. Selbst bei einer Ablehnung des GWB-Neubaus lohnt sich der geplante Landkauf. Die GWB nimmt ihren Versorgungsauftrag ernst. Die Verantwortlichen haben klare Ziele für die Zukunft. Sie wollen neue Wege gehen, kundenfreundlicher werden, ökologisch und ökonomisch handeln und damit die Versorgung gewährleisten und Arbeitsplätze sichern.

In der GPK wurde vor allem auch über den Landpreis diskutiert. Der Referent hat die Verkehrswertschätzung kritisch geprüft. Der verlangte Landpreis liegt im Rahmen und kann verantwortet werden. Es werden 50% der Geschossfläche, nicht 50% des Landes genutzt, d.h. es bleiben Reserven für weitere Nutzungen im Gebäude. Die GPK empfiehlt dem Rat mit 3 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen, dem Geschäft zuzustimmen und sämtliche schriftlich eingereichten Anträge abzulehnen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion GB/JA! begründet *Eva von Ballmoos* (GB) folgenden Rückweisungsantrag:

Dem Stadtrat ist eine neue Vorlage zu unterbreiten, die zu folgenden Punkten näher informiert:

- **Ausmass und Art der Altlasten auf der zur Diskussion stehenden Parzelle Nr. 6 der Planung Weissenstein/Neumatt**

- **Kauf des Grundstücks durch die GWB oder als Alternative durch den Fonds**
- **Prüfung des Fussballstadions Wankdorf als Standort für ein neues GWB-Verwaltungsgebäude.**

Es spricht für sich, wenn nur 3 GPK-Mitglieder einem Geschäft zustimmen können und deren 5 sich der Stimme enthalten. Auch unsere Fraktion hat Verständnis für das Anliegen der GWB für ein zentrales Verwaltungsgebäude. Die betrieblichen Abläufe zu vereinfachen, eingemietete Wohnungen nicht mehr zu benötigen und einen zentralen Standort zu haben, ist erstrebenswert. Auch nach zusätzlichen Auskünften von verschiedenen Stellen bleiben unsere Vorbehalte jedoch bestehen. Gerade weil wir das Anliegen der GWB ernst nehmen, möchten wir dem Geschäft noch eine Chance geben. Wir verlangen mit unserer Rückweisung mehr Informationen. Altlasten auf einem Gelände stellen ein finanzielles und gesundheitliches Risiko dar. Weder das Referentendossier noch der Vortrag geben Auskunft über Art und Ausmass der Altlasten. Die Verknüpfung dieses Landkaufs mit einem 25-Mio-Bau, der vom Souverän eventuell abgelehnt wird, ist heikel. Wir sind durchaus damit einverstanden, dass ein Stadtbetrieb wie die GWB, die mit Sonderrechnung arbeitet, für ihre eigenen Bedürfnisse Land erwerben und nützen können soll. Es ist jedoch nicht Aufgabe der GWB, in das Liegenschaftsgeschäft einzusteigen. Wäre es nicht besser, wenn der Fonds dieses Land kaufte? Falls die Bedenken bezüglich Altlasten ausgeräumt werden können, könnten wir einem Landerwerb durch die GWB zustimmen mit der Auflage, dass der Fonds das Land zu den Bedingungen übernehmen kann, zu denen es die GWB erworben hat, falls diese ihr Projekt nicht verwirklichen kann. Auch wir wissen, dass der Fonds kein Geld hat für einen solchen Landkauf. Die GWB könnte 12,5 Mio Franken investieren. Deshalb sollte auch der Standort Fussballstadion Wankdorf für die GWB-Zwecke geprüft werden. Das Stadion kann nur gebaut werden, wenn Investoren gefunden werden. Ausser COOP ist jedoch keiner vorhanden. Die Bürofläche der GWB könnte ohne weiteres im Projekt Fussballstadion Wankdorf integriert werden, was eine wesentliche Verbesserung gegenüber heute bedeutete. Das Röhrenlager könnte im Marzili bleiben. Sollten sich im Laufe der heutigen Debatte einige Vorbehalte beheben lassen, werden wir auf den Rückweisungsantrag zurückkommen.

Adrian Haas begründet den Antrag der FDP-Fraktion zum Beschlussesentwurf:

- 1. Der Kauf eines Grundstücks wird genehmigt.**
- 2. Für den Kauf des Grundstücks bewilligt der Stadtrat einen Kredit zu Lasten der Investitionsrechnung GWB (Gas) von Fr. 3'081'000.00.**
- 3.**

Eine Zentralisierung der GWB ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu begrüßen und nachvollziehbar. Eine zentrale Frage ist von der GPK nicht erörtert worden. Sie muss abgeklärt werden, bevor vom Volk ein Baukredit von 25 Mio Franken verlangt wird, und zwar die Frage der strategischen Ausrichtung der GWB. Im Jahr 1997 ist auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die sich Gedanken zur Fortentwicklung und zur Öffnung des schweizerischen Gasmarktes gemacht hat. Zitat aus einer Pressemitteilung: "Die Arbeitsgruppe macht u.a. folgende Vorschläge: Die Marktöffnung ist möglichst rasch vorzubereiten. Namentlich der Zugang Dritter zum Gasnetz soll geprüft werden. Dadurch soll es Erdgaskonsumenten ermöglicht werden, ihre Lieferungen selber zu wählen. Die Bedingungen zu Lieferungen und Transport der Energie sollen frei ausgehandelt werden können. Dies würde die Abkehr vom bisherigen Versorgungsmonopol der Gaswirtschaft bedeuten." Es wird eine ähnliche Entwicklung wie in der Elektrizitätswirtschaft (Marktöffnung, "Unbundling" von Verteilung und Transport von Gas, Zusammenschlüsse bei Gasversorgungsunternehmen usw.) prognostiziert, selbstverständlich mit Zeitverzögerung. Wir möchten verhindern, dass in der Stadt Bern in ein paar Jahren dasselbe passiert wie im Strommarkt: Investitionen tätigen, die nicht mehr amortisierbar sind. Wir wollen mit unserem Antrag den Kauf des Grundstücks nicht verhindern, sondern verlangen, dass Abklärungen getroffen werden, ob sich die beabsichtigten Investitionen auch im Lichte der be-

vorstehenden Öffnung des schweizerischen Gasmarktes rechtfertigen lassen, bevor ein konkretes Projekt ausgeführt wird. Den Kauf des Grundstücks bestreiten wir nicht grundsätzlich. Dessen Verwendung für andere Zwecke ist selbst bei einem allfälligen Verzicht auf das Projekt "Neuer Standort GWB" ohne weiteres möglich.

Michael Burri (GFL): Leider ist dieses Dossier nicht sorgfältig zusammengestellt worden: Es fehlen u.a. ein Situationsplan und genauere Auskünfte darüber, was mit den bisherigen Standorten geschehen soll. Auf dem Planungsgebiet Weissenstein/Neumatt und Könizstrasse befinden sich eine Freifläche mit Fussballfeldern, das Areal, auf dem das Schwimmzentrum geplant war, Parzellen der Firma Hunziker (Kiesabbau). Da diese Firma den Kiesabbau nicht auf die der Stadt gehörende Parzelle ausdehnen will, ist sie auch daran interessiert, dass das Areal als Wohnzone genutzt werden könnte. Das Areal der Stuaag, das hier zum Verkauf ansteht, erschiene somit als Fremdkörper, wenn es von der GWB genutzt würde. Es wäre sinnvoll, auch auf diesem Areal Wohnungen zu bauen. Der Verkehr auf der Könizstrasse ist nicht sehr störend. Damit Doppelspurigkeiten vermieden und Betriebsabläufe optimiert werden können, muss nicht unbedingt die ganze GWB an einem Ort zusammengefasst werden. - Abklärungen haben gezeigt, dass das Beseitigen der Altlasten niemals 400'000 Franken kosten wird. Nach Ansicht von Michael Burri muss nicht geprüft werden, ob das Land durch den Fonds erworben werden sollte. Ein Röhrenlager muss nicht gedeckt sein und wäre in einem gedeckten Gebäude (Fussballstadion Wankdorf) fehl am Platz. Die Fraktion GFL wird den Rückweisungsantrag aus diesen Gründen ablehnen. Dem FDP-Antrag könnte Michael Burri zustimmen, jedoch der Begründung nicht, denn der Vergleich mit dem Strommarkt hinkt in dem Punkt, dass Gas schon heute in Konkurrenz zu Öl steht, im Strommarkt jedoch eine Monopolsituation besteht.

Für die SVP-Fraktion spricht *Hans Ulrich Gränicher*. Den Kauf dieses Grundstücks mit einer Fläche von 7'600 m² zum Preis von 2,9 Mio Franken finden wir eine gute Sache. Den m²-Preis finden wir nicht zu hoch, denn das Gebiet ist sehr gut erschlossen. Wir stimmen dem Kauf dieses Landes zu. - Den Rückweisungsantrag der Fraktion GB/JA! lehnen wir ab, denn im Vortrag steht, "dass im genannten Preis die Beseitigung der noch vorhandenen Altlasten durch die Verkäuferin eingeschlossen ist." Sollte sich später weisen, dass Teile der Parzelle auch für eine andere Nutzung verwendet werden können, wäre es immer noch möglich, diese dem Fonds zu übertragen. Das Stadion Wankdorf kommt für die GWB nicht in Frage. - Die SVP-Fraktion stimmt auch dem Projektierungskredit zu, damit Architekturaufträge ausgelöst werden können. - Dass für die GWB ein neuer Standort gefunden werden muss, ist für uns unbestritten. Der heutige Zustand ist für einen modernen, kundenorientierten Betrieb alles andere als optimal. Auf diesem Areal besteht wie erwähnt noch ein beträchtliches Reservepotential. In einer IG-Zone, Bauklasse III, ist theoretisch eine Nutzung von 14'000 m² möglich. Die GWB benötigt jedoch vorläufig nur 7'000 m². Diese 50% Nutzungsreserven möchten wir in der Projektierung mitberücksichtigt wissen. Diese Parzelle grenzt an das Planungsgebiet Weissenstein/Neumatt, wo voraussichtlich diverse attraktive Wohn- und Gewerbebauten entstehen. Im Rahmen des Projektwettbewerbs möge die GWB miteinbeziehen, dass die Landreserve allenfalls im Sinne einer Wohn- und Gewerbenutzung überbaut werden könnte. Es wären auf diesem Areal rund 70 neue Familienwohnungen (à 100 m²) möglich. In Bern besteht nach wie vor ein Bedarf an Familienwohnungen. Es wäre auch möglich, das Betriebs- und Verwaltungsgebäude der GWB als Lärmschutzriegel zur Könizstrasse zu gestalten. Der Rat möge der Vorlage zustimmen.

Ernst Stauffer für die Fraktion SD: Ob der Standort für einen GWB-Neubau direkt an der Gemeindegrenze von Köniz optimal ist, ob ein solcher Neubau zwingend notwendig ist und ob sich die Stadt schon wieder eine solche Riesenausgabe leisten kann, ist offenbar Ansichtssache. Ob der Landpreis von Fr. 380.00/m² in der heutigen Zeit angemessen ist, wo der m²-Preis in Brünnen neu einen Drittel tiefer angesetzt worden ist, ist prüfenswert,

auch wenn der GPK-Sprecher den Preis angemessen findet. Die Wachstumseuphorie und die Hochkonjunktur sind jedoch vorbei. Wir bezweifeln die Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit. Ein Sparpotential von 10 Stellen am neuen Standort entspricht entweder Zweckoptimismus oder Spekulation, ansonst wäre bis jetzt unrentabel gewirtschaftet worden, was wir nicht glauben. Es sei schon lange nach einem geeigneten Grundstück auf Stadtboden gesucht worden. Im Moment ist allerlei zu haben. Wir verstehen jedoch, dass die GWB lieber einen Neubau hätte. Ist der Standort Schlachthofareal, der jetzt nicht genutzt wird, geprüft worden? 25 Mio Franken schrecken uns ab. Es bleibt ein ungutes Gefühl. Es müssen nun zuerst die Stadtfinanzen geregelt, d.h. das Finanzgleichgewicht hergestellt werden, bevor so hohe neue Ausgaben für etwas Wünschbares, jedoch nicht zwingend Nötiges beschlossen werden. Dazu kommt, dass mit diesem Vorhaben wieder Stellen verloren gehen und die Schuldzinsen anwachsen. Wir warten auf bessere Zeiten und kostengünstigere Lösungen und lehnen die Vorlage ab.

Adrian Berthoud (EVP) für die Fraktion EVP/LdU: Wir konnten uns bei diesem Geschäft nicht einigen. Es geht hier auch um das Wasserwerk und die Tatsache, dass es sich um eine städtische Sonderrechnung handelt, d.h. das Geschäft belastet die Stadtkasse nicht direkt und darf mit andern Investitionsausgaben nicht vermischt werden (Abgeltung über Tarife von Gas und Wasser). Die GWB braucht einen neuen Standort und einen Neubau, um in Zukunft bestehen zu können. Es braucht möglichst optimale Strukturen. Unsere Fraktion und die GPK haben Fragen und Alternativen diskutiert. In den letzten 10 Jahren sind alle möglichen Standorte in der Stadt Bern abgeklärt worden. Entweder scheiterte das Vorhaben am Preis, an der Zone, an Parkplätzen oder an der Nutzung. Wie erwähnt, sind die 400'000 Franken zur Beseitigung der Altlasten absolut realistisch. Es geht heute um einen Projektierungskredit und um den Kauf von preiswertem Bauland, nicht um den Baukredit von 25 Mio Franken. "Preiswert" in bezug auf die mögliche Ausnutzungsziffer. Ein Vergleich mit Brünnen hinkt somit. Das Argument der Liberalisierung des Marktes ist auch nicht gegeben, denn es kann nicht mit der Elektrizitätswirtschaft verglichen werden (produzierende Werke, die in Konkurrenz zu andern produzierenden Werken stehen). Die Leitungen und deren Unterhalt wird die GWB nach wie vor betreuen müssen - mit und ohne Liberalisierung. Adrian Berthoud findet, die Zeit sei mehr als reif, der vorgesehene Standort gut, der Preis akzeptabel und die Ziele der GWB könnten erreicht werden. Die Chance sollte genutzt werden.

Kurt Rüegsegger (FPS) für die Fraktion CVP/ARP/FPS: Es geht bei dieser Vorlage um ein zukunftsorientiertes Projekt. Eine jahrelange Pendenz kann endlich zum Abschluss gebracht werden. Die Vorlage kommt zur richtigen Zeit. Zu einer solchen Vorlage gehört jedoch unbedingt ein Situationsplan! Das vorgesehene Investitionsvolumen von gegen 25 Mio Franken ist in der jetzigen schwierigen Wirtschaftssituation sehr zu begrüßen. Der errechnete m2-Preis von Fr. 380.00 muss als Mittelwert zwischen maximaler Nutzung und dem Bedarf der GWB gesehen werden. Dieser Standort ist stadtnah und gut erschlossen. Dies erlaubt später eventuell eine Umnutzung. Sollte das GWB-Vorhaben vom Rat dann doch abgelehnt werden, wäre eine Landreserve vorhanden. Es handelt sich dann aber nicht mehr um ein GWB-Geschäft, sondern um eines des Fonds, das dem Stadtrat nochmals vorgelegt werden müsste. Unsere Fraktion stimmt dem Grundstückkauf und dem Projektierungskredit zu. Wir sehen darin eine Chance für alle Beteiligten: Verbesserung der Synergienutzung in der Verwaltung, und die Stadt kann dem Gewerbe ein grösseres Bauvolumen zur Verfügung stellen, was sehr wichtig ist.

Für die SP-Fraktion spricht *Oskar Balsiger*. Dieses Geschäft gab in unserer Fraktion viel zu reden. Wir beantragen dem Rat Zustimmung, und empfehlen den Rückweisungs- und den Abänderungsantrag zur Ablehnung. Beinahe hätte auch unsere Fraktion Rückweisung beantragt. Gründe: Die Verkäuferin muss nur bis zu einem Betrag von Fr. 400'000.00 für die Beseitigung von Altlasten geradestehen. Weshalb enthält die Vorlage keine Angaben über Art und Ausmass der Altlasten? Da ein Gutachten das Kostenrisiko geringer

einschätzt als 400'000 Franken, glaubt eine Mehrheit der SP-Fraktion, die Altlasten seien kein Rückweisungsgrund. Weshalb dieses Grundstück und nicht Güterstrasse 8? Wir liessen uns überzeugen, dass bereits seit Jahren nach einem geeigneten Terrain Ausschau gehalten worden sei und das Areal Güterstrasse 8 gemäss Gutachten für diesen Nutzungszweck wenig geeignet sei. Ist es realistisch, dem Souverän im heutigen Zeitpunkt einen Kredit von 25 Mio Franken für den Neubau eines Verwaltungs- und Betriebsgebäudes inkl. Landkosten vorzulegen? Eine Mehrheit der SP-Fraktion ist der Auffassung, es sollte dem Souverän überlassen werden, die Argumente dafür und dagegen zu gewichten. Die vorliegende Vorlage lässt Fragen offen. Wir sind nicht glücklich darüber, dass eine so wichtige Vorlage nicht abgeklärter und vertrauenswürdiger unterbreitet wird. Wäre es nicht möglich gewesen, in der GPK einen Teil der offenen Fragen auszuräumen? Der Rat soll Verantwortung übernehmen und heute einen Entscheid fällen, um sich nicht vorwerfen lassen zu müssen, er habe durch überängstliches und zaghaftes Handeln eine wohl einmalige Gelegenheit verpasst, die GWB an einem geeigneten Standort zusammenzuführen. Wir hoffen jedoch, die Baukreditvorlage werde ausführlicher und besser sein. Wir lehnen den FDP-Antrag (Landhortung) und den Rückweisungsantrag (ein Kauf durch den Fonds kann nicht in Frage kommen; Fussballstadion dafür wenig zweckmässig) ab. Wir schliessen uns der Empfehlung der SVP-Fraktion an den Gemeinderat, das Reservepotential im Rahmen der Projektierung miteinzubeziehen, an. Nach Meinung von Oskar Balsiger reichen die 400'000 Franken für das Beseitigen von ca. 1200 m³ kontaminierten Materials (mit Teerrückständen). Solche Altlasten wurden z.B. in einem Versuch für den Unterbau der Umfahrungsstrasse Wangen an der Aare verwendet. Das hat sich sehr gut bewährt. Die Stadt sollte eine solche Entsorgung auch prüfen.

Einzelvoten

Ernst Stauffer (SD) entgegnet Adrian Berthoud, auch bei den Sonderrechnungen werde der Steuerzahler letztlich zur Kasse gebeten, sei es als Konsument, als Gas- oder Wasserbezügler, als Gebührenzahler.

Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm*: Die Stadt Bern verfügt nicht nur über die älteste Gasversorgung der Schweiz (aus dem Jahr 1843), sondern auch über eine erfolgreiche. Es geht hier nicht nur um die Gasversorgung, sondern auch um die Wasser- und die Fernwärmeversorgung. Gemeinderat Alfred Neukomm dankt dem GPK-Sprecher für seine grosse Arbeit. Er hat sich an Ort und Stelle erkundigt und sich in vielen Gesprächen ein Urteil gebildet. Berichterstattungen aus Handels- und Industriekreisen vermitteln den Eindruck, dass die Stossrichtung der heutigen Vorlage genau dem entspricht, was von der Industrie gepredigt wird: Man müsse sich schon heute auf die Liberalisierung ausrichten, auf den verschärften Wettbewerb, d.h. heute schon mit Verbessern der Effizienz, der Minimierung der Kosten, der Optimierung und Rationalisierung von Betriebsabläufen beginnen. Mit unserem Projekt möchten wir die Zukunft meistern, den Wirtschaftsstandort Bern verbessern. Die Infrastruktur (dazu gehört die Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung) muss einwandfrei funktionieren, die Dienstleistungen müssen kundenfreundlich erfolgen und die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein. Die Wettbewerbssituation wird in den nächsten 10 bis 20 Jahren zunehmen. Es besteht heute bereits eine Konkurrenzsituation Gas/Öl. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir müssen deshalb optimieren, die Kosten wo möglich senken und die Effizienz verbessern. Gemeinderat Neukomm ist glücklich, dass endlich nach langem Suchen und Abklären ein guter Standort gefunden werden konnte. Die GWB ist ein grösseres Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten, mit einem Umsatz von über 100 Mio Franken, einem Gasversorgungsnetz von mehr als 300 km und einem Wasserversorgungsnetz von mehr als 400 km. Welche Einsparungen mit einer Zusammenlegung erreicht werden können, wird im Vortrag ausgeführt. - Für die Liegenschaft Schwarztorstrasse 71 ist von verschiedener Seite ein Interesse angemeldet worden (z.B. Steuerverwaltung). Das

Stadion Wankdorf ist ungeeignet: zeitliche Verzögerungen und etliche Probleme, z.B. wieder Leerfahrten, da Röhrenlager nicht im Wankdorf realisierbar. Weder im Bauinspektorat noch beim kantonalen Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft existieren Eintragungen über Altlasten auf dem zu erwerbenden Land. Ursprünglich bot uns die Bati-group Management AG 100'000 Franken an. Nach zähen Verhandlungen konnten wir uns auf 400'000 Franken einigen. Dieser Betrag sollte ausreichen. - Der Stadtrat muss einen Entscheid für die Zukunft treffen. Wir wollen in der Stadt Bern erfolgreiche Unternehmen mit eigener Rechnung, die einen Gewinn in die Stadtkasse abliefern (GWB) oder eine ausgeglichene Rechnung präsentieren (Wasserversorgung und KVA). Dieses Geschäft ist seriös abgeklärt und mit dem Stadtplanungsamt koordiniert worden. Der Rat möge der Vorlage zustimmen.

Adrian Haas (FDP): Dass der Betrieb durch eine Zentralisierung optimiert und die Effizienz gesteigert werden kann, bestreiten wir nicht. Uns geht es jedoch darum, zu wissen, wie sich die GWB in Zukunft im veränderten Markt behaupten kann oder ob restrukturiert werden muss. Zitat aus dem oben erwähnten Bericht: "Die Strukturen der Gaswirtschaft müssen mit dem Zweck überprüft werden, die Effizienz der Branche zu steigern." Es gibt in der Schweiz etwa 100 Gasversorgungsunternehmen. Der Gemeinderat hat die Tendenz abzuwarten, die bestehenden Strukturen aufrechtzuerhalten, und plötzlich wird er vom Markt überholt. Adrian Haas wartet z.B. immer noch auf eine Antwort auf das Postulat zum EWB (Marktentwicklungen zu antizipieren mit dem Ziel, mit den eigenen Betrieben richtig zu liegen). Es ist abzusehen, dass auf dem Gasmarkt eine ähnliche Entwicklung eintreten wird wie auf dem Elektrizitätsmarkt, und dass die Gewinnabschöpfungen in nächster Zeit zusammenschrumpfen werden.

Eva von Ballmoos (GB) zieht nach den Ausführungen von Gemeinderat Alfred Neukomm den ersten Rückweisungspunkt zurück. Auf Rückweisung beharrt sie jedoch weiterhin. Falls diese abgelehnt wird, stellt die Fraktion GB/JA! einen Zusatzantrag zum Beschlussesentwurf:

3. Bei Nichtrealisierung des Baus eines GWB-Verwaltungsgebäudes soll der Wohnbaufonds die Möglichkeit haben, diese Parzelle zu den gleichen Bedingungen, zu denen die GWB sie erworben hat, zu übernehmen.

Die GWB soll Land für eine eigene Nutzung kaufen können, jedoch nicht für eine Fremdnutzung. Den FDP-Antrag lehnen wir ab, da er den Projektierungskredit nicht beinhaltet. Der Rat möge dem Rückweisungsantrag oder dem Zusatzantrag zustimmen.

Beschlüsse

1. Der abgeänderte Rückweisungsantrag GB/JA! wird mit 59 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
2. Der Vorschlag des Gemeinderats zum Beschluss obsiegt demjenigen der FDP-Fraktion mit 53 : 18 Stimmen.
3. Der Zusatzantrag der Fraktion GB/JA! wird mit 49 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
4. Der Rat stimmt der Vorlage, die dem fakultativen Referendum untersteht, mit 34 : 8 Stimmen bei 29 Enthaltungen zu.

- Die Traktanden Nrn. 3, 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

3 Motion Christoph Müller (FDP): Quartierfreundlicher Verkehr in der Hinteren Schosshalde

Antrag Nr. 278

Hintergrund

Ende 1984 hat der Stadtrat der Einführung der Tangential-Buslinie Nr. 28 zugestimmt. Es wurde damals zwar warnend darauf hingewiesen, dass das vorgesehene Strassennetz nicht für diesen Busbetrieb geeignet ist und dass verkehrsmässige wie bauliche Schwierigkeiten abzusehen waren. In Anbetracht der nicht absehbaren Erfolgchancen der Linie war es nicht möglich, eine baulich optimale Lösung von vorneherein vorzusehen.

Heutige Situation

Die Linie 28 scheint - zum mindesten in den Hauptverkehrszeiten - einen gewissen Erfolg zu haben. Die Auswirkungen auf die Verkehrssituation und die baulichen Zustände des Strassennetzes im Quartier sind aber gravierend. Die in der Gemeinderatsantwort für die Interpellation "Verkehrssituation Melchenbühlweg" (170 / 96) (unvollständig) skizzierten Gegenmassnahmen zur Behebung der durch den ÖV verursachten Missstände versprechen gesamthaft äusserst kostspielig zu werden (siehe dazu Diskussion im Stadtrat), können aber die Missstände kaum mildern, geschweige denn beheben.

Zielsetzung

Die hier aufgezeigte Lösung soll

- mit vertretbarem Aufwand
- die unhaltbare Verkehrssituation auf der heutigen Bus-Linienführung durch das Quartier durchgreifend entschärfen
- durch die flüssigere und komfortablere Busführung des ÖV attraktiver gestalten
- ohne einen zusätzlichen Sog für den MIV zu erzeugen
- die weitere Zerstörung des Melchenbühlweges massiv einschränken
- den Erschliessungsdruck auf die ausgezonten Gebiete nicht weiter zu verstärken.

Anträge

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. unverzüglich alle notwendigen Vorkehren zu treffen, dass das Eventualvorhaben - die Erstellung eines Trassees des öffentlichen Verkehrs (Bus, Tram) - zwischen Buchserstrasse und östlicher Dunkerstrasse grundbuchrechtlich sichergestellt ist.
2. dafür zu sorgen, dass die Buslinie 28 auf einer Verbindungsstrasse gemäss Punkt 1 durch die hintere Schosshalde geführt wird. Durch zweckmässige Einrichtungen ist sicherzustellen, dass nur der öffentliche Verkehr durchfahren kann. Der Ausbaustandard und Aufwand ist auf das absolute Minimum zu reduzieren (z.B. einspurige Verkehrsführung im Wechselbetrieb, Wiederverwendung der überflüssigen VSA Melchenbühlweg zur Wechselsteuerung, u.ä.m.).

Bern, 31. Oktober 1996

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion hat im betroffenen Quartier ein grosses Echo ausgelöst. Einerseits sammelte eine "IG Hintere Schosshalde zum Leben" insgesamt ca. 150 Unterschriften (davon 17 % von ausserhalb des Quartiers Schosshalde) zur Unterstützung des Begehrens; andererseits meldeten sich bei den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung auch kritische Stimmen zum Wort. Zu weiteren Verkehrsfragen in diesem Gebiet wurden zudem

- am 20. März 1997 die Interpellation René Zimmermann (SP): Zuviel Verkehr über das Nadelöhr Buchserstrasse, und
- am 29. Mai 1997 die Motion Thomas Fuchs (Junge SVP) und Hans Ulrich Gränicher (SVP): Bern-Ost zum Leben und Wohnen; Verkehrsmassnahmen zwischen Burgernzielkreisel und Freudenbergerplatz, eingereicht.

Vorweg kann festgehalten werden, dass das Trasse zwischen Buchserstrasse und östlicher Dunkerstrasse seit längerem grundbuchrechtlich gesichert und **Punkt 1 der Motion** demnach bereits **erfüllt** ist: Das betreffende Terrain gehört der Einwohnergemeinde Bern.

Es wurde im Rahmen der Überbauungsplanung Vermont-Park flächengleich verschoben, damit die Option der Dunkerstrasse offengehalten werden konnte.

Mit **Punkt 2 der Motion** wird der Bau einer einspurigen Dunkerstrasse gefordert. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass ein Ausbau der Dunkerstrasse 1980 in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde. Und er ist, wie Reaktionen aus dem betroffenen Quartier auf die Motion zeigen, nach wie vor sehr umstritten.

Mit dem Bau einer neuen Strassenverbindung (Dunkerstrasse) für den Bus, wie der Motionär sie vorschlägt, könnten zwar

- die vom Bus hervorgerufenen Verkehrsbehinderungen und Immissionen auf der Achse Giacomettistrasse - Weltistrasse - Melchenbühlweg vermieden,
- die Lichtsignalanlage auf dem Melchenbühlweg wieder abgebaut und
- die Busse rascher und direkter durchs Quartier geführt werden.

Gegen den Ausbau der Dunkerstrasse gemäss Antrag 2 der Motion sprechen jedoch folgende Gründe:

- Bei einer Führung der Buslinie über die neugebaute Dunkerstrasse statt über die Weltistrasse würden die Anmarschwege zu den Bushaltestellen deutlich länger.
- Grosse Teile des Quartiers und das Neubaugebiet "Schöngrün" wären nicht mehr durch den ÖV erschlossen (Distanz zur Haltestelle grösser als 300 m, vgl. Beilage 1).
- Aufgrund dieser Verschlechterung der ÖV-Erschliessungsqualität müssten die SVB mit Ertragsausfällen rechnen, die grösser wären als die Abnahme der Betriebskosten infolge Verkürzung der Fahrstrecke. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Buslinie 28 würde somit verschlechtert.
- Der Bau der Dunkerstrasse bedingte einen Eingriff in den Vermont-Park. Ausserdem führte er zu einer Verlagerung der Lärm- und Luftschadstoffimmissionen in ein heute noch wenig belastetes Gebiet.
- Der Bau der Dunkerstrasse im geforderten Standard inkl. Barrierenanlage zur Verhinderung von Schleichverkehr kostete ca. Fr. 950'000.-.
- Der Bau der Dunkerstrasse setzt den Erlass einer Überbauungsordnung voraus.

Nach Auffassung des Gemeinderats haben die Abklärungen, die bereits aufgrund der Interpellation Christoph Müller vom 29. Februar 1996 betreffend Verkehrssituation Melchenbühlweg durchgeführt wurden, deutlich gemacht, dass die Probleme im Zusammenhang mit der Buslinie 28 wirksamer und kostengünstiger gelöst oder mindestens entschärft werden können (vgl. auch Beilage 2). Dieses Vorgehen bietet folgende Vorteile:

- Mit der geplanten Einführung von Midi-Bussen ab 1998 müssten die Busse beim Kreuzen auf der Weltistrasse nicht mehr aufs Trottoir ausweichen.
- Zwischen Weltistrasse und Aberlistrasse soll der Melchenbühlweg auf eine Fahrbahnbreite von 5.50m ausgebaut werden, so dass die Midi-Busse auch hier kreuzen könnten.
- Mit dem Bau von zwei neuen Gehwegabschnitten zwischen Weltistrasse und Dunkerstrasse könnten der Fussgängerschutz verbessert und die Behinderungen für den Busverkehr reduziert werden.
- Lichtsignalgesteuert würde nur noch der Abschnitt zwischen Aberlistrasse und Dunkerstrasse. Deshalb hätten die Motorfahrzeuge keinen Anlass mehr, via Münsterstrasse und Aberlistrasse auszuweichen.
- Mit dem Einsatz von neuen Fahrzeugen (Midi-Bussen) und einer Verlegung der Haltestelle Weltistrasse (Fahrtrichtung Ostermundigen) auf die Westseite der Münsterstrasse können die Immissionen etwas gemildert werden.
- Die Quartiererschliessung durch die Buslinie 28 bliebe gewährleistet (Beilage 1).
- Gewisse Behinderungen durch den Bus bleiben bestehen. Die Route durch das Quartier wird für den Schleichverkehr somit nicht attraktiver.

Für die oben beschriebenen Massnahmen wird mit einem Kostenaufwand von ca. Fr. 120'000.- gerechnet (ohne Landerwerb).

Der Gemeinderat ist bereit, spürbare Verbesserungen der Verkehrssituation in der Hinteren Schosshalde so rasch wie möglich zu verwirklichen. Dies ist nur durch die vorgesehenen

Sofortmassnahmen möglich. Für die Erschliessung der Hinteren Schosshalde soll ein neuer Ansatz für eine Gesamtlösung gesucht werden. In diesem Zusammenhang wird zu untersuchen sein, wie die stark frequentierte Kreuzung Ostring / Buchserstrasse entlastet werden kann. Die Erschliessungsfrage ist auch unter Berücksichtigung des Durchfahrtverkehrs von und nach Ostermundigen zu prüfen. Dem Stadtrat wird deshalb beantragt, die Motion Christoph Müller (FDP) lediglich als Postulat erheblich zu erklären. Gleichzeitig sichert der Gemeinderat zu, dass er bei einer Umwandlung des Vorstosses umgehend

- die Planungs- und Baudirektion in Verbindung mit der Polizeidirektion und der Direktion der Stadtbetriebe beauftragen wird, eine Gesamtlösung für die Verkehrsprobleme in der Hinteren Schosshalde zu prüfen und den Stadtrat im Prüfungsbericht zum Postulat darüber zu orientieren;
- die Vorbereitungen für die Ausführung von Sofortmassnahmen anordnen wird.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

4 Motion Thomas Fuchs (JSVP)/Hans Ulrich Gränicher (SVP): Bern-Ost zum Leben und Wohnen: Verkehrsmassnahmen zwischen Bur- gernzielkreisel und Freudenbergerplatz

Antrag Nr. 280

Wenn sich die Stadt Bern langfristig als Wohn- und Lebensraum durchsetzen will, muss sie u.a. die Quartiere attraktiv, familienfreundlich, sauber und sicher gestalten und die Zentrumslasten gezielt in Zentrumsnutzen zugunsten der Bevölkerung umwandeln und diese nach aussen hin auch so vermarkten. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt müssen sich wohl fühlen können und sollen wissen, was ihnen diese Stadt alles bieten kann.

Werden neue Wohnquartiere gebaut, bringt dies mehr Verkehr - ob einem dies passt oder nicht, denn es ist eine Tatsache. Im Bereich der Kreuzung Ostring-Buchserstrasse und den angrenzenden Strassenzügen sowie beim Freudenbergerplatz ist die Situation heute für die Anwohnerinnen und Anwohner unbefriedigend. Diese Kreuzung muss nämlich den Verkehr in die Quartiere Vertmont, Schöngrün und hintere Schosshalde aufnehmen, da man es bis heute unterlassen hat, für die neu entstehenden Wohnsiedlungen an der Peripherie der Stadt auch neue Erschliessungsstrassen zu schaffen, statt den zusätzlichen Verkehr durch bestehende Nadelöhre zu schleusen: Diese Situation verlangt dringend nach neuen Massnahmen.

Mit beachtlichen Anstrengungen versuchen die Anwohnerinnen und Anwohner, Bern-Ost zum Leben und Wohnen wieder attraktiv zu machen. Nur mit einer gesamtheitlichen Vorgehensweise, mit einem vorausblickenden und unvoreingenommenen Handlungsplan können die Verkehrsprobleme in Bern-Ost gelöst und die Lebensqualität auf einen angemessenen Stand gebracht werden. Mit gezielten Massnahmen könnte die Schulwegsicherheit für die Kinder im Quartier wesentlich erhöht und auch für die Benützer der Tramstationen, für Radfahrer und Fussgänger die Sicherheit wesentlich verbessert werden, denn eine neue Erschliessungsstrasse führt zu einer Entlastung der bisherigen Strassenzüge und folglich zu einer Abnahme der Lärmbelastung und einer besseren Verteilung des Verkehrsaufkommens.

Wir fordern vor diesem Hintergrund, dass der Gemeinderat Massnahmen zur Besserung ausarbeitet und diese dem Stadtrat vorlegt. Schwerpunkt:

- Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden des Stadtrats ein Bauprojekt inkl. Kostenvoranschlag für eine neue Strasse zu unterbreiten, welche das heutige Netz (insbesondere Buchserstrasse/Ostring) entlastet und die neuen Quartiere Vertmont, Schöngrün und hintere Schosshalde erschliesst.

Bern, 29. Mai 1997

Antwort des Gemeinderats

Das Thema "Bern-Ost zum Leben und Wohnen" hat betreffend der Verkehrsverhältnisse im Gebiet der Hinteren Schosshalde und auf dem Ostring zwischen Burgernzielkreisel und Freudenbergerplatz nebst der Motion Fuchs / Gränicher vom 29. Mai 1997 noch weitere politische Vorstösse hervorgerufen:

- Interpellation Christoph Müller (FDP) vom 29. Februar 1996 betreffend Verkehrssituation Melchenbühlweg
- Motion Christoph Müller (FDP) vom 31. Oktober 1996 betreffend Quartierfreundlicher Verkehr in der Stadt Bern
- Interpellation René Zimmermann vom 20. März 1997 betreffend zuviel Verkehr über das Nadelöhr Buchserstrasse

In Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und Quartiervertretungen (IG Hintere Schosshalde zum Leben / Quartiergestaltungskommission) wurde im Zusammenhang mit diesen politischen Vorstössen über die Verkehrsprobleme diskutiert. Dabei wurde aus dem Quartier auch der Wunsch geäussert, eventuell einen zusätzlichen Anschluss über eine neu zu erstellende Strasse ans Basisnetz und eine Schliessung der Buchserstrasse für den motorisierten Individualverkehr (Durchgangsverkehr) zu realisieren oder eine neue Strasse zwischen der Oberen Zollgasse und dem Saali als Quartierumfahrung zu bauen.

In der Interpellation René Zimmermann werden dagegen Verbesserungsmassnahmen ohne einen Ausbau des Strassennetzes verlangt.

Aus diesen kontroversen Stellungnahmen lässt sich bereits leicht erkennen, dass wohl kaum in naher Zukunft ein konsensfähiges Realisierungskonzept für eine neue Strassenverbindung vorgelegt werden kann. Auch aus der Sicht der Stadtfinanzen ist der Bau einer neuen Strasse in den nächsten Jahren äusserst problematisch.

Vielmehr sind vorerst die Ergebnisse der vom Gemeinderat in der Antwort auf die Motion Christoph Müller (FDP) vom 31. Oktober 1996 betreffend Quartierfreundlicher Verkehr in der Hinteren Schosshalde in Aussicht gestellten Studien einer Gesamtlösung für die Verkehrsprobleme in der Hinteren Schosshalde abzuwarten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

5 Interpellation René Zimmermann (SP): Zuviel Verkehr über das Nadelöhr Buchserstrasse

Antrag Nr. 279

Am Schulhaus Sonnenhof vorbei führt ein fast täglich zunehmender Strassenverkehr. Die vom Ostring ausgehende Buchserstrasse ist einerseits die Zufahrtsstrasse zur Hinteren Schosshalde, zu Schöngrün, zum Einkaufszentrum Freudenberg, zur Klinik Sonnenhof und zu verschiedenen Wohnsiedlungen. Andererseits wird sie als Schleichweg nach Ostermundigen benützt und dient als Achse für den Tangentialbus 28. Nebst der

Fertigstellung der Überbauung Schöngrün sind im Vertmontpark weitere Wohnbauten geplant, so dass eine zusätzliche Verkehrsbelastung absehbar ist. Obwohl grundsätzlich Zellenlösungen für die Quartierserschliessungen sinnvoll sind, darf die Sammelstrasse zum Basisnetz nicht über Gebühr durch Verkehr belastet werden. Für die Anwohnerinnen und Anwohner der Buchserstrasse ist diese Belastungsgrenze - nicht nur in Spitzenzeiten mit Verkehrsrückstau - längst erreicht. Wie das ganze Quartier liegt auch die Buchserstrasse in der Tempo 30-Zone. Messungen der Stadtpolizei haben ergeben, dass diese Tempovorgabe von den meisten Motorfahrzeugen regelmässig überschritten wird. Zulieferdienste mit schweren Lastwagen und die grossen SVB-Busse tragen das ihre zur schwierigen Verkehrssituation mit Lärm- und Schadstoffbelastungen bei.

Es sind deshalb Massnahmen gefragt, die eine Verkehrsabnahme und -beruhigung bringen, ohne das Strassennetz anderweitig auszubauen. Insbesondere würde mit einer Vervollendung der Dunkerstrasse bzw. mit einem Ausbau der Buchserstrasse das gegenteilige Ziel erreicht.

Ich frage deshalb den Gemeinderat an:

1. Wie beurteilt er die Verkehrssituation an der Buchserstrasse und deren Umgebung (Einmündung in den Ostring, Jolimontstrasse, Giacomettistrasse) heute und in Zukunft?
2. Welche Massnahmen will er zur Verkehrsreduktion und -beruhigung ergreifen?
3. Wie gedenkt er, Tempo 30 auf der Buchserstrasse durchzusetzen? Ist er bereit, angesichts des Schulhauses Sonnenhof eine permanente Radarüberwachung einzuführen?
4. Ist er bereit, auf der Linie 28 kleinere Busse (Midi-Busse) einzusetzen und damit auch die Situation an der Weltstrasse und am Melchenbühlweg zu entschärfen?
5. Ist er bereit, die in früheren Jahren praktizierte Vignettenlösung für die Quartierbewohner wieder einzuführen?
6. Ist er der Ansicht, dass eine flächenmässig stärkere Begrenzung des heutigen Perimeters für die Durchfahrt von Berechtigten die Situation verbessern könnte?

Bern, 20. März 1997

Antwort des Gemeinderats

Die Verkehrsverhältnisse auf der Buchserstrasse und in der Hinteren Schosshalde haben neben der Interpellation Zimmermann vom 20. März 1997 noch weitere politische Vorstösse hervorgerufen:

- Interpellation Christoph Müller (FDP) vom 29. Februar 1996 betreffend Verkehrssituation Melchenbühlweg
- Motion Christoph Müller (FDP) vom 31. Oktober 1996 betreffend Quartierfreundlicher Verkehr in der Hinteren Schosshalde
- Motion Thomas Fuchs (JSVP) und Hans Ulrich Gränicer (SVP) vom 29. Mai 1997 betreffend Bern-Ost zum Leben und Wohnen: Verkehrsmassnahmen zwischen Burgernzielkreisel und Freudenbergerplatz

In der Interpellation Zimmermann werden Massnahmen verlangt, die eine Verkehrsabnahme und Verkehrsberuhigung bringen sollen, ohne dass das Strassennetz anderweitig ausgebaut wird.

In Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und Quartiervertretungen (IG Hintere Schosshalde zum Leben / Quartiergestaltungskommission) wurde über die Verkehrsprobleme diskutiert. Aus dem Quartier wurden dabei folgende Vorschläge vorgebracht:

- Lastwagenfahrverbot auf Melchenbühlweg.
- Verkürzung des Abschnitts mit Fahrverbot ausgenommen Zubringerdienst (z.B. auf dem Abschnitt Unterführung Obere Zollgasse - Melchenbühlweg) zwecks Reduktion des Durchgangsverkehrs und Erleichterung der Polizeikontrollen.
- evtl. Wiedereinführung einer Vignettenlösung.
- Verkürzung des lichtsignalgeregelten Abschnitts durch Einbahnstrassensystem via Aberlistrasse.
- Erstellung von Fuss-/Radwegen (gemäss Antwort des Gemeinderats vom 3. Juli 1996 auf die Interpellation Christoph Müller betreffend Verkehrssituation Melchenbühlweg).
- Evtl. Anschluss des Quartiers über eine neu zu erstellende Strasse ans Basisnetz und Schliessung der Buchserstrasse für den MIV-Durchgangsverkehr.
- Bau einer Strasse zwischen der Oberen Zollgasse und dem Saali als Quartierumfahrung.

Aufgrund dieser Gespräche und der vom Gemeinderat im Zusammenhang mit der Interpellation Christoph Müller (FDP) betreffend Verkehrssituation Melchenbühlweg im Juli 1996 erteilten Aufträge, sind nun folgende Sofortmassnahmen vorgesehen:

- Trottoir entlang Melchenbühlweg inkl. Fahrbahnverbreiterung auf 5.50m zwischen Welti- und Aberlistrasse.
- Fuss-/Radweg entlang Melchenbühlweg zwischen Dunker- und Aberlistrasse.
- Umbau der Lichtsignalanlage.
- Verlegung der Haltestelle Weltistrasse (Fahrtrichtung Ostermundigen).

In der Antwort auf die Motion Christoph Müller wird dem Stadtrat die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat beantragt mit dem Angebot, die in Aussicht genommenen Sofortmassnahmen zu realisieren und innert Jahresfrist eine Gesamtlösung für die Verkehrsprobleme in der Hinteren Schosshalde zu prüfen. Im Rahmen dieser Gesamtlösung sollen auch Massnahmen zur Verkehrsreduktion und -beruhigung in der Buchserstrasse studiert werden.

Die Buchserstrasse ist heute in einem baulich befriedigenden Zustand. Für das aktuelle Verkehrsaufkommen genügt der jetzige Ausbaustandard. Der Bau des Fussweges auf der Ostseite des Melchenbühlweges wird noch zurückgestellt.

Die in der Interpellation Zimmermann gestellten Fragen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten:

1. Die Buchserstrasse ist heute und auch gemäss STEK-VK 95 die einzige städtische Strassenverbindung von und zum Gebiet der Hinteren Schosshalde. In Spitzenzeiten beträgt die Verkehrsbelastung in beiden Richtungen rund 600 Fahrzeuge pro Stunde. Die durchschnittliche Werktagsbelastung beträgt 7000 Motorfahrzeuge.
Eine Verkehrsregelung mit einem leistungsfähigeren, zweispurigen Abfluss auf dem Ostring Richtung Autobahn und damit mehr Grünzeit von der Buchserstrasse her wurde im Zusammenhang mit der Kreditvorlage für die Erneuerung der Lichtsignalanlage Freudenbergerplatz und Ostring / Buchserstrasse vom Stadtrat abgelehnt. Diese Massnahme im Bereich Haltestelle Sonnenhof stadtauswärts könnte zur Verbesserung der Situation nachträglich durchaus noch ausgeführt werden. An der stark ausgelasteten Kreuzung Ostring / Buchserstrasse wird es ohne diese Massnahme demnach auch in Zukunft Rückstauprobleme, welche auch den Bus Nr. 28 betreffen, geben.
In Anbetracht des grossen Einzugsgebietes der Buchserstrasse, mit dem Einkaufszentrum Freudenberg, der Klinik Sonnenhof, der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft, der Rudolf Steiner-Schule, den verschiedenen Wohngebieten und künftigen Nutzungen wird die Verkehrsbelastung auf der Buchserstrasse in Zukunft kaum abnehmen. Eine wirksame Entlastung ist nur erreichbar, wenn eine weitere neue Verbindung erstellt wird, wie z.B. Verlängerung der Giacomettistrasse zur Schosshaldenstrasse / Ostermundigenstrasse oder eine Verbindung Richtung Wittigkofen.

2. Wie bereits erwähnt, hat der Gemeinderat in Aussicht gestellt, für die Verkehrsprobleme in der Hinteren Schosshalde einen neuen Ansatz für eine Gesamtlösung zu suchen, welche auch eine Verkehrsreduktion und Verkehrsberuhigung bringt.
3. Eine permanente Radarkontrolle bringt nach Erfahrungen der Stadtpolizei nicht die gewünschte Verbesserung. Wie solche Einrichtungen auch in anderen Städten zeigen, wird beim Ort des festen Radargerätes zwar abgebremst, nachher aber sofort wieder beschleunigt. Tempo 30 lässt sich viel wirksamer mit sporadischen Radarkontrollen an verschiedenen Stellen auf der Buchserstrasse durchsetzen, was die Stadtpolizei auch zusichert.
4. Der Einsatz von Midi-Bussen wird von den Städtischen Verkehrsbetrieben (SVB) angestrebt. Ein entsprechender Beschaffungsantrag an den Kanton wird so gestellt, dass neue Busse voraussichtlich ab Frühsommer 1998 eingesetzt werden können.
5. Die frühere Vignettenlösung diente lediglich dem Zweck, die Kontrollen zu vereinfachen. Weil die Vignette von den Inhaberinnen und Inhabern fälschlicherweise zur Durchfahrt missbraucht wurde, musste sie abgeschafft werden.
6. Eine Verkürzung des Abschnittes mit Fahrverbot (ausgenommen Zubringerdienst) zwecks Reduktion des Durchgangsverkehr und Erleichterung der Polizeikontrollen ist praktikabel und sinnvoll. Die Polizeidirektion ist bereit, entsprechende Massnahmen zu treffen.

Christoph Müller (FDP) und seine Fraktion erachten die Buslinie 28 als sehr sinnvoll. Er bedauert aber, dass es der Stadtrat im Dezember 1994 zugelassen hat, diese Buslinie auf einem stark vorbelasteten, ungenügenden Trasseee einzuführen. In der damaligen Vorlage sind nur die betrieblichen Vorteile hervorgehoben worden, notwendige bauliche Massnahmen sind nur im Zusammenhang mit Ampel- und Haltestellenanpassungen genannt worden. Ein Beibericht der PBD hat jedoch Warnungen bezüglich ungenügendem Trasseee enthalten. Silvia Aepli hat damals auch von einem Projekt mit Pferdefuss gesprochen. Die Praxis gab diesen Warnungen recht. Das Trasseee ist ungenügend und wird auch mit den vorgeschlagenen Massnahmen nicht akzeptabel werden. Diese Massnahmen können höchstens eine Entschärfung im Bereich Melchenbühlweg und an der Ecke Melchenbühlweg/Weltistrasse bringen. Die wichtigsten Missstände werden dadurch jedoch nicht beseitigt. Midi-Busse, die nur 20 cm schmaler sind, bringen keine Verbesserung. Die Busse müssen weiterhin auf das Trottoir (Weltistrasse) fahren, d.h. die Sicherheit von Personen auf dem Trottoir ist nicht gewährleistet. Die Aussage des Gemeinderats: "Mit der geplanten Einführung von Midi-Bussen ab 1998 müssten die Busse beim Kreuzen auf der Weltistrasse nicht mehr aufs Trottoir ausweichen" macht deutlich, dass auch der Gemeinderat seine Zweifel hat. Die Weltistrasse müsste 50 cm bis 1 m breiter sein. Es wäre falsch, das Problem den fehlenden Fähigkeiten oder dem fehlenden guten Willen der Buschauffeure zuzuschreiben. Im Gegenteil, die Verhältnisse sind für die Chauffeure eine Zumutung. Sofortmassnahmen kosten ca. Fr. 120'000.-, und der neue Fussweg am untern Melchenbühlweg kann noch einmal soviel kosten. Die Midi-Busse kosten nach Angaben der SVB fast 2,5 Mio Franken. Auch wenn die Midi-Busse auch auf anderen Linien einsetzbar sind, der Hauptgrund für deren Beschaffung ist die Situation in der hinteren Schosshalde. Absehbar sind ferner zusätzliche Mehrkosten zur wirklichen Lösung des Problems. Demgegenüber stehen Fr. 950'000.- für die Busspur Vermont-Park, womit alle aufgeführten Probleme gelöst werden könnten, eine Busspur, die im Überbauungsplan zur Erhaltung des Vermont-Parks von 1985 explizit vorgesehen worden ist. Ob die SVB durch die Verlagerung der Buslinie wirklich Einnahmeneinbussen erlitten, kann bezweifelt werden. Wenn die Linienführung bequemer und die Fahrzeiten kürzer wären, würde die Linie sogar attraktiver und die Beschaffung von Midi-Bussen wäre nicht nötig. Laut Medien ist jedoch bereits ein Midi-Bus-Auftrag im Umfang von 1,5 Mio Franken für die Buslinie 28 verabschiedet worden. Dieses Vorpreschen vor der Behandlung der Vorstösse im Stadtrat ist sehr stossend. Im Quartier wird es begrüsst, dass die desolaten Verhältnisse erkannt und dass Vorstösse eingereicht worden sind. Der Gemeinderat verspricht in seinen Antworten eine ganzheitliche Lösung, die den Anliegen der Vorstösse gerecht werden soll. In

Absprache mit den Erstunterzeichnern der beiden andern Vorstösse hat sich Christoph Müller entschlossen, dem Gemeinderat eine Chance zu geben, seine Versprechen wahrzumachen und wandelt die Motion in ein Postulat um. Er wird die Fortschritte jedoch beobachten und behält sich vor, einen weiteren Vorstoss einzureichen, wenn keine wirklichen Lösungen realisiert werden. Richtschnur für unsere kurzfristige Zufriedenheit wird sein, dass die Trottoirs nicht mehr befahren werden, dass der Transitschwerverkehr auf der Achse Zollgasse - Weltstrasse - Buchserstrasse beseitigt wird, der Transitverkehr auf der ganzen Achse vermindert, dass eine Wiedereinführung der Kontrollvignette ernsthaft geprüft wird (sie wurden nach der Einführung der Buslinie 28 abgeschafft). Wir erwarten ferner angemessene Lösungsvorschläge für die Erschliessung der Neubauquartiere. Wir empfehlen, auch den Vorstoss Fuchs/Gränicher als Postulat zu überweisen. - Die Situation am Ausgang der Buchserstrasse in den Ostring wäre in den Verkehrsspitzen bereits heute teilweise entschärft, wenn die erneuerte Ampelsituation an der Kreuzung so ausgeführt worden wäre, wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen worden ist (zweispuriges Abfließen des Verkehrs aus der Buchserstrasse Richtung Autobahn).

Thomas Fuchs (JSVP) begrüsst die Umwandlung der Motion Christoph Müller in ein Postulat. Die verschiedenen Vorstösse beweisen, dass die Verkehrsprobleme in Bern-Ost erkannt worden sind. Eine Fahrzeugzählung ergab mehr als 7'000 Fahrzeuge pro Tag in der Buchserstrasse, zwischen Freudenbergerplatz und Buchserstrasse wurden an einem Wochentag sogar 23'000 Fahrzeuge gezählt. Die Antwort auf unsere Motion scheint uns recht dürftig. Die Verwaltung zeigt wenig Begeisterung für unsere berechtigten Anliegen. Seit Jahrzehnten wird im Bereich Bern-Ost geübt, und es existieren unzählige Planungsleichen zu diesem Gebiet. Es geht nicht nur um die hintere Schosshalde, sondern auch um die Gebiete Wyssloch, Schöngrün, Murifeld, Wittigkofen, Sonnenhof, Burgernziel-Kreisel und Freudenbergerplatz. Es geht nicht an, dass sich der ganze Verkehr auch künftig einzig auf die Kreuzung Ostring/Buchserstrasse konzentriert, währenddem im Schöngrün und im Vermont-Park das Prädikat "Wohnen im Grünen" gilt. Wenn neue Quartiere entstehen, was wir begrüssen, muss vorgängig auch die Erschliessung geregelt werden. In der Antwort des Gemeinderats wird festgehalten, dass Gespräche mit der Quartiergestaltungscommission und der IG Hintere Schosshalde zum Leben geführt worden seien. Im Quartier gibt es jedoch noch zahlreiche andere Vereine, z.B. Forum Bern-Ost und Elternrat. Die Antwort enthält auch keine Hinweise auf bereits erstellte Vorprojekte. Auch der Schosshalde/Ostring/Murifeld-Leist hat sich mit den Anliegen auseinandergesetzt und verlangt, dass diese ernst genommen werden, und gegebenenfalls brauche es auch eine neue Strasse. Es braucht jetzt Taten statt Worte. Das weitere Vorgehen wird in der Antwort des Gemeinderats nur ansatzweise erläutert, Konkretes wird kaum festgehalten, klare Aussagen zur Lösung der Verkehrsprobleme fehlen. Lobenswert ist, dass die Antwort des Gemeinderats verhältnismässig schnell erfolgt ist. Wir halten an unserer Motion fest. Es geht uns dabei nicht um einen Freipass für einen Strassenneubau. Wir wollen nur, dass die neuen Wohngebiete vernünftig erschlossen und die bisherigen Quartiere nach bestem Wissen und Gewissen entlastet werden. Der Rat möge der Motion zustimmen.

René Zimmermann (SP): Wie schon beim Geschäft Lichtsignalanlage Egghölzli geht aus der Antwort des Gemeinderats zur Frage 1 hervor, dass er die Verhinderung der Rennbahn am Ostring bei der Tramhaltestelle Sonnenhof noch nicht verdaut hat. Er glaubt, eine Änderung sei immer noch möglich, wir finden jedoch immer noch, es müsse dort den Fussgängern/Fussgängerinnen und dem öV Priorität eingeräumt werden. Einen zweispurigen Abfluss aus der Buchserstrasse auf die Autobahn braucht es nicht, denn zwei Drittel des Verkehrs fährt Richtung Stadt. René Zimmermann ist von der Antwort des Gemeinderats auf seine Interpellation fast ganz befriedigt.

Fraktionserklärungen

Ueli Stückelberger für die Fraktion GFL: Wir finden es wichtig, dass diese drei Vorstösse inhaltlich nicht vermischt werden. Die von Christoph Müller skizzierten Probleme im Bereich Dunkerstrasse - Hintere Schosshalde treffen zum Teil zu. Wir glauben jedoch, dass ein Neubau der Dunkerstrasse keine Probleme löste, sondern neue schaffte. Auch Schöngrün muss mit dem öV erschlossen werden. Berücksichtigt werden muss auch, dass die Dunkerstrasse als Durchgangsstrasse vom Volk vor Jahren abgelehnt worden ist. Es besteht aber Handlungsbedarf, und die vom Gemeinderat aufgeführten Massnahmen sollen umgesetzt werden. Den Einsatz von Midi-Bussen unterstützen wir. Wir lehnen den Vorstoss Müller auch als Postulat ab, weil wir finden, es sollte nicht noch mehr Zeit und Geld in Planungen investiert werden. Bei der Motion Fuchs/Gränicher geht es um eine umfassende Prüfung der Verkehrssituation in Bern-Ost. Das finden wir sinnvoll, denn die heutige Situation ist unbefriedigend. Eine kurze neue Erschliessungsstrasse schliessen wir nicht grundsätzlich aus, denn die bestehende Buchserstrasse ist stark überlastet. Die Antwort des Gemeinderats auf die Motion Fuchs/Gränicher ist dürftig, eine umfassende Prüfung ist sinnvoll. Es sollte mit allen Quartierorganisationen zusammengearbeitet werden, damit eine Lösung präsentiert werden kann, die vom ganzen Stadtteil akzeptiert wird. Wir können jedoch nur einem Postulat zustimmen: Die Motion ist zu eng, denn sie verlangt nur ein Bauprojekt.

Für die SP-Fraktion spricht *René Zimmermann*. Die Verkehrssituation im Bereich Buchserstrasse und Hintere Schosshalde ist unbefriedigend, die Motion Christoph Müller zielt in eine falsche Richtung, und innerhalb der Quartierbevölkerung herrschen Interessengegensätze. Bei der Zustimmung zur Planung Schöngrün wurde die Erschliessung der neuen Quartiere über Buchser- und Giacomettistrasse offensichtlich als genügend erachtet. Zuwenig Rechnung getragen wurde dem zunehmenden Durchgangsverkehr von und nach Ostermundigen. Die diesbezügliche Signalisation ist ungenügend. Der Betrieb der Buslinie 28 mit den grossen Bussen trägt trotz sorgfältiger Fahrweise zu den bereits geschilderten Bedrohungen bei. Die SP-Fraktion hat 1980 erfolgreich den Referendumskampf gegen einen Ausbau der Dunkerstrasse geführt. Wir halten an dieser Meinung fest. Die Hälfte der SP-Fraktion wird den Vorstoss Müller deshalb auch als Postulat ablehnen und damit signalisieren, dass ein Fertigbau der Dunkerstrasse endlich vergessen werden muss. Der Bus darf auch nicht an den Kundinnen und Kunden vorbeigeführt werden. Überhaupt nicht in Frage kommen kann, dass der Schwerverkehr durch die Dunkerstrasse geführt wird. Der öV darf auch nicht zugunsten des MIV geopfert werden. Dazu kommt, dass die Kosten für eine Buspiste unverhältnismässig hoch wären. Das vom Gemeinderat skizzierte Vorgehen entspricht unseren Vorstellungen am ehesten. Wir freuen uns über die Bestellung der Midi-Busse. Der Vorstoss Fuchs/Gränicher verlangt eine neue Strasse, welche das heutige Netz entlastet und gleichzeitig alle Quartiere (Schöngrün, Vertmont und Hintere Schosshalde) erschliesst. Den Bau einer weiteren Strasse lehnen wir ab. Wir können deshalb auch einem Postulat nicht zustimmen. Jedoch auch eine Schliessung der Buchserstrasse (Nadelöhrfunktion) ist unrealistisch. Ein Ziel muss aber sein: Verkehrsreduktion und Verkehrsberuhigung. Falls sich bei der weiteren Prüfung durch den Gemeinderat Handlungsbedarf ergibt, sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Ein Verkehrsanreiz für den MIV ist mit allen Mitteln zu vermeiden. Neue Durchgangsmöglichkeiten, auch als Schleichverkehr, dürfen nicht entstehen. Deshalb Nein zu einer direkten Verbindung Giacomettistrasse - Schosshaldenstrasse. Allenfalls sind Zellenlösungen vorzusehen. Die Gesamtfläche der Strassen darf weder durch Ausbauten noch durch Neubauten zunehmen. Eine Korrektur müsste durch Rückbau oder Entwidmung anderer Strassen erfolgen. Zudem fordern wir ein Fahrverbot für Lastwagen im Bereich Weltstrasse - Melchenbühlweg. Die SP fordert den Gemeinderat auf, ungeachtet der möglichen Ablehnung der beiden Motionen oder Postulate, die skizzierten Sofortmassnahmen auf Basis der Interpellationsantwort mit einem geschätzten Kostenaufwand von Fr. 120'000.- so rasch wie möglich zu realisieren. Gleichzeitig sollen eine Gesamtlösung für die Verkehrsprobleme geprüft und dem Stadtrat nötigenfalls Kreditanträge unterbreitet werden. Auch der Fussweg an der Ostseite des Melchenbühlweges soll bald realisiert werden. Insbesondere ist der

unerlaubte Durchgangsverkehr von Ostermundigen nach Bern durch dieses belastete Gebiet mit allen geeigneten Mitteln endlich zu unterbinden. Des tatenlosen Zusehens der Polizei wegen hat es sich eingebürgert, dass über den schmalen Melchenbühlweg sogar nach Gümligen gefahren wird. Die unterschiedlichen Meinungen im betroffenen Gebiet rechtfertigen es, dass der Gemeinderat seine Absichten offen kommuniziert. Er soll deshalb die Initiative für gemeinsame Veranstaltungen ergreifen. Mit den skizzierten Massnahmen erübrigt sich auch ein Ausbau der Buchserstrasse im unteren Teil.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*